
S 15 U 72/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Gesetzliche Unfallversicherung – Wegeunfall – Umweg – sachlicher Zusammenhang – keine geringfügige Unterbrechung – gemischte Motivationslage – objektivierte Handlungstendenz – dieselbe Strecke in dieselbe Richtung – freie Wahl der Wegstrecke – Wiederbegründung des versicherten Weges – Erreichen des Verkehrsraums – Fußgänger und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel in Abgrenzung zu (Selbst-)Fahrern im Individualverkehr – kurzer Arztbesuch auf dem Heimweg
Leitsätze	<p>1. Nach einer Unterbrechung des Heimwegs setzt der Wegeunfallversicherungsschutz für Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel wieder ein, sobald sie subjektiv mit der Handlungstendenz unterwegs sind, die eigene Wohnung zu erreichen, und objektiv dieselbe Strecke in dieselbe Richtung wie das öffentliche Verkehrsmittel zurücklegen.</p> <p>2. Im Unterschied zu (Selbst-)Fahrern im Individualverkehr müssen Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel das jeweilige Fahrzeug (zB Bus, Straßenbahn) weder erreicht noch bestiegen haben.</p>
Normenkette	SGB VII § 8 Abs 2 Nr 1
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 15 U 72/16
Datum	13.12.2017
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 6 U 13/18
Datum	04.03.2020
3. Instanz	

Datum

28.06.2022

Â

Die Revision der Beklagten gegen das Urteil des SÃchsischen Landessozialgerichts vom 4.Â MÃrz 2020 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beklagte hat dem KlÃger die auÃgerichtlichen Kosten auch des Revisionsverfahrens zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob der zwischenzeitlich verstorbene Lebenspartner des KlÃgers auf dem Heimweg einen versicherten Wegeunfall erlitten hat.

Â

2

Der Lebenspartner war Zugbegleiter. FÃ¼r den Heimweg vom Hauptbahnhof bis zu seiner Wohnung, in der er bis zu seinem Tod mit dem KlÃger in einem gemeinsamen Haushalt lebte, standen ihm zwei StraÃenbahnlinien mit jeweils zehnminÃ¼tiger Taktung zur VerfÃ¼gung. Die Fahrtstrecke der einen Linie war kÃ¼rzer und erreichte die Zielhaltestelle in WohnungsnÃhe vier Minuten schneller als die andere Linie. Ãblicherweise benutzte der Lebenspartner die erstbeste StraÃenbahn und nahm ggf die lÃngere Fahrt in Kauf, um Wartezeiten zu vermeiden. Anders als die kÃ¼rzere fÃ¼hrt die lÃngere StraÃenbahnlinie an der Praxis seiner HausÃrztin vorbei.

Â

3

Am 11.11.2015 benutzte der Lebenspartner die lÃngere StraÃenbahnlinie, um nach Hause zu

fahren und zwischendurch bei seiner Hausärztin ein Rezept abzuholen. An der Zwischenhaltestelle C stieg er aus und lief in Wohnungsrichtung zur Arztpraxis, die er nach einigen Minuten wieder verließ. Auf dem anschließenden Fußweg in Wohnungsrichtung zur Zwischenhaltestelle W wurde er beim Überqueren der Straße angefahren und verletzt.

4

4

Die Beklagte lehnte es ab, den Unfall als Arbeitsunfall anzuerkennen (*Bescheid vom 4.1.2016; Widerspruchsbescheid vom 22.3.2016*). Das SG hat diese Bescheide aufgehoben und festgestellt, dass es sich bei dem Ereignis um einen Arbeitsunfall handelt (*Urteil vom 13.12.2017*). Das LSG hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen (*Urteil vom 4.3.2020*): Bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Planung einer privatwirtschaftlich veranlassten Unterbrechung am Wegesrand werde der Heimweg nicht erst fortgesetzt, wenn der Versicherte erneut in die Straßenbahn eingestiegen sei, sondern schon zu dem Zeitpunkt, in dem er parallel zum Straßenbahnverlauf erkennbar den Heimweg zu Fuß fortsetze.

4

5

Die Beklagte rügt mit ihrer Revision eine Verletzung des [§ 8 Abs 1](#) und 2 Nr 1 SGB VII. Bei Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel sei anders als bei Fußgängern das von der Rechtsprechung des BSG geforderte objektive Kriterium zur Unterbrechung und Wiederbegründung des Versicherungsschutzes erst durch das Erreichen der Haltestelle bzw das Ein- und Aussteigen aus dem Verkehrsmittel zweifelsfrei und klar abgrenzbar gegeben.

4

6

Die Beklagte beantragt,
die Urteile des Sächsischen Landessozialgerichts vom 4. März 2020 und des Sozialgerichts Leipzig vom 13. Dezember 2017 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

4

7

Der Klager, der dem angegriffenen Urteil beipflichtet, beantragt, die Revision der Beklagten zurückzuweisen.



II



8

Die Revision der Beklagten ist unbegründet und deshalb zurückzuweisen ([ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Zu Recht hat das LSG die Berufung der Beklagten gegen das zusprechende Urteil des SG zurückgewiesen. Die kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage ([ 54 Abs 1 Satz 1 Var 1](#), [ 55 Abs 1 Nr 1](#), [ 56 SGG](#)) ist begründet, weil die Ablehnungsentscheidung in dem Bescheid vom 4.1.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 22.3.2016 ([ 95 SGG](#)) rechtswidrig ist und den Klager (materiell) beschwert ([ 54 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Als Sonderrechtsnachfolger (*dazu A.*) kann er die Aufhebung der Ablehnungsentscheidung und die gerichtliche Feststellung verlangen (*dazu B.*), dass der Verkehrsunfall seines Lebenspartners vom 11.11.2015 ein Arbeitsunfall in Form des Wegeunfalls war (*dazu C.*).



9

A. Der Klager ist berechtigt, den Rechtsstreit anstelle seines verstorbenen Lebenspartners als Sonderrechtsnachfolger fortzuführen, weil sie eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründet hatten und zum Todeszeitpunkt unzweifelhaft in einem gemeinsamen Haushalt gelebt haben ([ 56 Abs 1 Satz 1 Nr 1 Buchst a SGB I](#)). Soweit die Sonderrechtsnachfolge gem [ 56 Abs 1 Satz 1 SGB I](#) auf der Rechtsfolgenseite eine fällige Ansprüche auf laufende Geldleistungen voraussetzt, ist dieses Erfordernis ebenfalls erfüllt, weil Ansprüche auf die hier in Betracht kommenden Geldleistungen entweder schon mit ihrem Entstehen (*wie das Verletzten- und Übergangsgeld*, [ 46](#), [49 SGB VII](#)) oder jedenfalls am Ende des Monats fällig werden, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind (*vgl.  96 Abs 1 Satz 1 SGB VII bzgl. Pflegegeld und Verletztenrente*, [ 44](#), [56 SGB VII](#)). Da sich der Beteiligtenwechsel kraft Gesetzes vollzogen hat, liegt keine Klageänderung iS der [ 99](#), [168 Satz 1 SGG](#) vor (*BSG Urteile vom 5.7.2018  B 8 SO 30/16 R  BSGE 126, 166 = SozR 4 3500  9 Nr 1, RdNr 12 und vom 2.2.2012  B 8 SO 15/10 R  BSGE 110, 93 = SozR 4 3500  19 Nr 3, RdNr 13*).



10

B. Mit dem Tod des Lebenspartners entfiel weder die formelle Beschwer (*Klagebefugnis*, [Â§ 54 Abs 1 Satz 2 SGG](#)) für die Anfechtungsklage noch das für die Zulässigkeit der Feststellungsklage erforderliche berechtigte Interesse an der baldigen Feststellung des Arbeitsunfalls ([Â§ 55 Abs 1 Halbsatz 2 SGG](#)). Denn der Kläger kann als Sonderrechtsnachfolger seines Lebenspartners geltend machen, der angefochtene Verwaltungsakt verletze ihn in eigenen Rechten (*dazu BSG Urteil vom 21.9.2010 – B 2 U 25/09 R – UV-Recht Aktuell 2010, 1356 = juris RdNr 12 und vom 14.11.2002 – B 13 RJ 19/01 R – BSGE 90, 127, 129 f – SozR 3-5795 – 10d Nr 1 S 3 f = juris RdNr 18 ff*). Zudem kann er aus der begehrten Feststellung zumindest Ansprüche auf Geldleistungen herleiten (*dazu BSG Urteile vom 16.3.2021 – B 2 U 7/19 R – BSGE 131, 297 = SozR 4-5671 Anl 1 Nr 4115 Nr 1, RdNr 9 – Siderofibrose*, vom 30.3.2017 – [B 2 U 15/15 R – NJW 2017, 2858 – Barbesuch](#) und vom 12.1.2010 – [B 2 U 21/08 R – SozR 4-2700 – 63 Nr 6 RdNr 14 ff](#)). Denn anders als Ansprüche auf Dienst- oder Sachleistungen (*dazu Â§ 59 Satz 1 SGB I*) erlöschen Ansprüche auf Geldleistungen nur, sofern sie im Zeitpunkt des Todes des Berechtigten weder festgestellt waren noch ein Verwaltungsverfahren über sie anhängig war ([Â§ 59 Satz 2 SGB I](#)). Zwar waren Ansprüche auf Geldleistungen (zB Verletztenrente, Übergangsgeld, Verletzten- und Pflegegeld) im Todeszeitpunkt nicht (positiv) festgestellt. Es waren aber Verwaltungsverfahren über diese Ansprüche anhängig. Denn in der gesetzlichen Unfallversicherung, in der Leistungen grundsätzlich von Amts wegen erbracht werden ([Â§ 19 Satz 2 SGB IV](#)), wird ein Verwaltungsverfahren bereits anhängig, sobald dem Unfallversicherungsträger durch Versicherte und Hinterbliebene, Unternehmer ([Â§ 193 SGB VII](#)), Ärzte ([Â§ 202, 34 Abs 3 SGB VII iVm Vertrag Ärzte/Unfallversicherungsträger\) oder auf andere Weise potentiell leistungsrelevante Umstände bekannt werden \(*BSG Urteile vom 16.3.2021 – B 2 U 7/19 R – BSGE 131, 297 = SozR 4-5671 Anl 1 Nr 4115 Nr 1, RdNr 10 – Siderofibrose*, vom 23.6.2020 – \[B 2 U 5/19 R – BSGE 130, 226 = SozR 4-2700 – 202 Nr 1, RdNr 11 – Mesotheliomregister\]\(#\) und vom 17.2.2009 – \[B 2 U 34/07 R – SGB 2010, 47 = juris RdNr 12\]\(#\)\). Das war hier der Fall. Die anhängigen Verwaltungsverfahren hat die Beklagte zu Lebzeiten des Lebenspartners nicht durch Erlass ablehnender Verwaltungsakte bestandskräftig \(\[Â§ 77 SGG\]\(#\)\) beendet, auch wenn sie im Begründungsteil des Ablehnungsbescheids vom 4.1.2016 ausführte, die Gewährung von Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung sei nicht möglich. Denn mit dieser pauschalen Leistungsablehnung sollten ersichtlich nur allgemein die Folgerungen beschrieben werden, die sich aus der bestandskräftigen Nichtanerkennung des Arbeitsunfalls ergeben \(*vgl BSG Urteil vom 16.3.2021 – B 2 U 7/19 R – BSGE 131, 297 = SozR 4-5671 Anl 1 Nr 4115 Nr 1, RdNr 11 ff – Siderofibrose mwN*\).](#)

Â

11

C. Der Lebenspartner des Klägers hat einen Arbeitsunfall in Form eines Wegeunfalls erlitten, als er beim Überqueren der Straße von einem Pkw erfasst wurde. Arbeitsunfälle sind nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach [Â§ 2, 3 oder 6 SGB VII](#) begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Versicherte Tätigkeit ist auch

das Zurücklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort der Tätigkeit ([ÄSÄ 8 AbsÄ 2 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen ([ÄSÄ 8 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGBÄ VII](#)). Ein Arbeitsunfall setzt mithin voraus, dass die Verrichtung zur Zeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang), sie zu dem zeitlich begrenzten, von außen auf den Körper einwirkenden Ereignis geführt (Unfallkausalität) und dadurch einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht hat (*haftungsbegründende Kausalität; stRspr, BSG zB Urteile vom 30.1.2020* [BÄ 2Ä U 20/18Ä RÄ](#) *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 8 NrÄ 74 RdNrÄ 9Ä](#) *geteilte Schicht* und [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [BSGE 130. 1Ä](#) = *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 8 NrÄ 70, RdNrÄ 20](#) *Wohnung der Freundin*, vom 19.6.2018 [BÄ 2Ä U 2/17Ä RÄ](#) *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 2 NrÄ 46 RdNrÄ 13](#), vom 30.3.2017 [BÄ 2Ä U 15/15Ä RÄ](#) [NJW 2017. 2858Ä](#) *Barbesuch* und vom 5.7.2016 [BÄ 2Ä U 19/14Ä RÄ](#) [BSGE 121. 297 Ä](#) = *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 2 NrÄ 36, RdNrÄ 11, jeweils mwN](#)). Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Der Lebenspartner des Klägers hat am 11.11.2015 einen Unfall erlitten, als er von einem Pkw angefahren und verletzt wurde. Im Unfallzeitpunkt legte er den (Heim-)Weg vom Hauptbahnhof (als dem Ort der Tätigkeit) zu seiner Wohnung objektiv zurück (*dazu I.*). Seine Handlungstendenz war darauf auch subjektiv ausgerichtet (*dazu II.*). Diese Verrichtung auf dem direkten Heimweg ist der versicherten (Haupt-)Tätigkeit als beschäftigter Zugbegleiter ([ÄSÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)) zuzurechnen (*dazu III.*).

Ä

12

I.Ä Als der Lebenspartner verunglückte, befand er sich objektiv auf dem (Rück-)Weg vom Ort der Tätigkeit zu seiner Wohnung. *Weg* ist die Strecke zwischen einem Start- und einem Zielpunkt. Bei allen (Rück-)Wegen setzt [ÄSÄ 8 AbsÄ 2 NrÄ 1 SGBÄ VII](#) nur den Ort der versicherten Tätigkeit als Startpunkt fest (von), lässt aber das Ziel offen. Daher ist in jedem Einzelfall festzustellen, welches individuelle Ziel der Versicherte ansteuerte, als er verunglückte. Zwischen dem gesetzlich festgelegten Startpunkt und dem ermittelten Zielpunkt ist nicht der Weg an sich, sondern dessen Zurücklegen versichert, also das *Sichfortbewegen* bzw. *Unterwegssein* auf der Strecke zwischen beiden Punkten mit der Handlungstendenz, den typischerweise im Privatbereich gelegenen Zielort zu erreichen (*BSG Urteile vom 10.8.2021* [BÄ 2Ä U 2/20Ä RÄ](#) [NZS 2022. 778Ä](#) = *juris RdNrÄ 17Ä* *Urlaubsrückkehr*, vom 30.1.2020 [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [BSGE 130. 1Ä](#) = *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 8 NrÄ 70, RdNrÄ 25Ä](#) *Wohnung der Freundin*, vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 2/16Ä RÄ](#) *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 8 NrÄ 61 RdNrÄ 15Ä](#) *Fenstersturz eines Fahrzeugaufbereiters* und *grundlegend vom 17.12.2015* [BÄ 2Ä U 8/14Ä RÄ](#) *SozR 4* [2700](#) [ÄSÄ 8 NrÄ 55 RdNrÄ 13Ä f](#)). Im Unfallzeitpunkt war Ziel des Weges die eigene Wohnung. Als er beim Überqueren der Straße von dem Pkw erfasst und verletzt wurde, befand er sich objektiv auf der direkten Route zu seiner Wohnung, die ihren Ausgangspunkt am Ort der versicherten Tätigkeit hatte.

Ä

II. Im Unfallzeitpunkt wollte der Lebenspartner nach seiner subjektiven Vorstellung auch nach Hause gelangen. Die konkrete, objektiv beobachtbare Verrichtung des Sichfortbewegens auf dem Weg zum Zielort muss der Betroffene auch subjektiv zu diesem Zweck durchgeführt haben (vgl. BSG Urteile vom 10.8.2021 [BÄ 2Ä U 2/20Ä RÄ](#) [NZZ 2022, 778Ä](#) = juris RdNrÄ 18Ä [âÄÄUrlaubsrÄ¼ckkehrÄÄ](#), vom 30.1.2020 [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [BSGE 130, 1Ä](#) = SozR 4ÄÄ2700 Ä§Ä 8 NrÄ 70, RdNrÄ 27Ä [âÄÄWohnung der FreundinÄÄ](#) und [BÄ 2Ä U 20/18Ä RÄ](#) [SozR 4ÄÄ2700 Ä§Ä 8 NrÄ 74 RdNrÄ 16Ä](#) [âÄÄgeteilte SchichtÄÄ](#), jeweils mwN). Dies bedeutet, dass das objektiv beobachtbare Handeln subjektiv [âÄÄ](#) zumindest auch [âÄÄ](#) auf die ErfÄ¼llung des Tatbestands der versicherten TÄ¼tigkeit (iS des [Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)) gerichtet sein muss (BSG Urteil vom 10.8.2021 [BÄ 2Ä U 2/20Ä RÄ](#) [NZZ 2022, 778Ä](#) = juris RdNrÄ 18Ä [âÄÄUrlaubsrÄ¼ckkehrÄÄ](#)). Die subjektive Handlungstendenz als von den Tatsachengerichten festzustellende innere Tatsache muss sich mithin im Ä¼uÄ¼eren Verhalten des Handelnden (Verrichtung) widerspiegeln, so wie es objektiv beobachtbar ist (BSG Urteile vom 10.8.2021 [BÄ 2Ä U 2/20Ä RÄ](#) [NZZ 2022, 778](#) juris RdNrÄ 18 [âÄÄUrlaubsrÄ¼ckkehrÄÄ](#), vom 30.1.2020 [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [BSGE 130,Ä 1](#) =Ä SozR 4ÄÄ2700 Ä§Ä 8 NrÄ 70, RdNrÄ 27Ä [âÄÄWohnung der FreundinÄÄ](#) und [BÄ 2Ä U 20/18Ä RÄ](#) [SozR 4ÄÄ2700 Ä§Ä 8 NrÄ 74 RdNrÄ 16Ä](#) [âÄÄgeteilte SchichtÄÄ](#), vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 2/16Ä RÄ](#) [SozR 4ÄÄ2700 Ä§Ä 8 NrÄ 61 RdNrÄ 19](#) [âÄÄFenstersturz eines FahrzeugaufbereitersÄÄ](#) [âÄÄ](#) sowie vom 17.12.2015 [BÄ 2Ä U 8/14Ä RÄ](#) [SozR 4-2700 Ä§Ä 8 NrÄ 55 RdNrÄ 14](#), jeweils mwN). Nach den Feststellungen des LSG wollte der Lebenspartner im Unfallzeitpunkt zu Fuß zur wohnortnä¼heren StraÄ¼enbahnhaltestelle W gelangen, um mit der StraÄ¼enbahn zur Zielhaltestelle in WohnungsnÄ¼he zu fahren und von dort aus zu seiner Wohnung zu laufen, die nach seiner Vorstellung Endziel der Strecke sein sollte, die ihren Ausgangspunkt objektiv am Ort der TÄ¼tigkeit hatte.

Ä

14

III. Das Ä¼berqueren der StraÄ¼e auf dem direkten Heimweg ist der versicherten HaupttÄ¼tigkeit des Lebenspartners als beschÄ¼ftigtem Zugbegleiter ([Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)) zuzurechnen. Die Formulierung [âÄÄ](#)des mit der versicherten TÄ¼tigkeit zusammenhÄ¼ngenden unmittelbaren WegesÄÄÄ in [Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 1 SGBÄ VII](#) kennzeichnet den sachlichen Zusammenhang zwischen der [âÄÄeigentlichÄÄ](#) versicherten HaupttÄ¼tigkeit, die Versicherungsschutz nach den [Ä§ÄÄ 2,Ä 3](#) oder [6 SGBÄ VII](#) begrÄ¼ndet, und denjenigen Wegen, die der HaupttÄ¼tigkeit vorausgehen oder sich ihr anschlieÄ¼en. Der Wegeunfallversicherungsschutz setzt mithin voraus, dass die versicherte HaupttÄ¼tigkeit und das ZurÄ¼cklegen des Weges miteinander verknÄ¼pft sind, was der Fall ist, solange und soweit der Weg mit der Aufnahme oder der Beendigung der HaupttÄ¼tigkeit bei wertender Betrachtung verbunden ist. Im Unfallzeitpunkt befand sich der Lebenspartner nach den bindenden Feststellungen des LSG objektiv und subjektiv auf einer direkten Route vom TÄ¼tigkeitsort zu seiner Wohnung und bewegte sich damit unter dem Schutz der Wegeunfallversicherung fort. Der Wegeunfallversicherungsschutz iS des [Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)

war (spätestens) mit Verlassen des Hauptbahnhofs entstanden und nicht deshalb sofort wieder entfallen, weil er die längere Straßeneisenbahnlinie wählte (dazu 1.) und dabei ursprünglich zwei Ziele (die Arztpraxis als Zwischenziel und die Wohnung als Endziel) ansteuerte (dazu 2.). Der Versicherungsschutz war mit dem Aussteigen aus der Straßeneisenbahn und dem Aufsuchen der Arztpraxis lediglich unterbrochen (dazu 3.). Im Unfallzeitpunkt war diese Unterbrechung des versicherten Wegs aber beendet, sodass der Versicherungsschutz wieder aufgelebt war (dazu 4.).

Ä

15

1.Ä Der Versicherungsschutz ist nicht deshalb entfallen, weil der Lebenspartner die längere Straßeneisenbahnlinie wählte und damit nicht die kürzeste und schnellste Strecke für den Heimweg nutzte. Gemäß [Ä 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) ist das Zurücklegen des unmittelbaren Weges versichert. Das Kriterium der Unmittelbarkeit gewährt dem Versicherten bei der Routenwahl breite Spielräume, die individuellen Überlegungen, Vorlieben, Neigungen und Gewohnheiten Raum lässt (BSG Urteile vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 2/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 61 RdNrÄ 23Ä](#) [Fenstersturz eines Fahrzeugaufbereiters](#) und grundlegend vom 28.4.1976 [2/8Ä RU 10/76Ä](#) [SozSich 1976, 210Ä = juris RdNrÄ 17Ä f](#)). Es kann somit mehrere versicherte Wege geben, sodass nicht nur der jeweils kürzeste, schnellste, ideale oder optimale Weg geschätzt ist (BSG Urteile vom 10.8.2021 [BÄ 2Ä U 2/20Ä RÄ](#) [NZS 2022, 778Ä = juris RdNrÄ 17Ä](#) [Urlaubsrückkehr](#), vom 30.1.2020 [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ](#) [BSGEÄ 130,Ä 1 =Ä SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 70, RdNr 25Ä](#) [Wohnung der Freundin](#) und [BÄ 2Ä U 20/18Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 74 RdNrÄ 14Ä](#) [geteilte Schicht](#); zu den sog [Abwegen](#) vgl BSG Urteil vom 20.12.2016 [BÄ 2Ä U 16/15Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 60](#)). Ist die eingeschlagene Route länger als die kürzeste, schnellste oder direkte Strecke, so stellt dies den Versicherungsschutz nur in Frage, wenn für die Wahl andere Gründe wesentlich waren als die Absicht, den Zielort zu erreichen (BSG Urteil vom 28.4.1976 [2/8Ä RU 10/76Ä](#) [SozSich 1976, 210Ä = juris RdNrÄ 17](#)). Maßstab ist die subjektive Sicht des Versicherten, die in den objektiven Gegebenheiten eine Stütze finden muss (vgl BSG Urteile vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 62 RdNrÄ 13Ä](#) [Metzgereibesuch](#), vom 24.6.2003 [BÄ 2Ä U 40/02Ä RÄ](#) [USK 2003-103Ä = juris RdNrÄ 13 und vom 11.9.2001](#) [BÄ 2Ä U 34/00Ä RÄ](#) [SozR 3Ä 2700 Ä 8 NrÄ 9 SÄ 33Ä f](#)). Nach den bindenden Feststellungen des LSG nahm der Lebenspartner regelmäßig die zeitlich unbedeutend weitere Fahrt mit der längeren Linie in Kauf, um aus nachvollziehbaren Gründen Wartezeiten an der Haltestelle zu vermeiden. Dass er ohne den geplanten Arztbesuch am Unfalltag die kürzere Straßeneisenbahnlinie gewählt hätte, konnte das LSG nicht feststellen.

Ä

16

2.Ä Versicherungsschutz ist auch nicht deshalb zu verneinen, weil der Lebenspartner bei der Wahl der längeren Linie beabsichtigte, zwischendurch die Hausarztpraxis zur Rezeptabholung

aufzusuchen. Damit lag eine sog. „gemischte Motivationslage“ vor, d.h. eine objektiv beobachtbare Verrichtung (das Straßeneinfahren) mit gespaltener subjektiver Handlungstendenz bzw. mit zwei subjektiven Zielen: Die Straßeneinfahrt sollte dazu dienen, die Arztpraxis (als Zwischenziel mit privater Handlungstendenz) und die eigene Wohnung (als Endziel mit versicherungsbezogener Handlungstendenz) zu erreichen. Eine solche Verrichtung mit gespaltener Handlungstendenz steht dann im inneren bzw. sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit, wenn die konkrete Verrichtung hypothetisch auch dann vorgenommen worden wäre, wenn die private Motivation des Handelns entfallen wäre (vgl. BSG Urteile vom 30.1.2020 – BÄ 2 Ä U 2/18 Ä R Ä – BSGE 130, 1 = SozR 4 – 2700 Ä § 8 Nr. 70, RdNr. 29 – Wohnung der Freundin, vom 26.6.2014 – BÄ 2 Ä U 4/13 Ä R Ä – SozR 4 – 2700 Ä § 8 Nr. 52 RdNr. 20 ff, vom 9.11.2010 – BÄ 2 Ä U 14/10 Ä R Ä – SozR 4 – 2700 Ä § 8 Nr. 39 RdNr. 24 und vom 12.5.2009 – BÄ 2 Ä U 12/08 Ä R Ä – SozR 4 – 2700 Ä § 8 Nr. 33 RdNr. 16). Entscheidend ist, ob die Verrichtung nach den objektiven Umständen in ihrer konkreten, tatsächlichen Ausgestaltung ihren Grund in der versicherungsbezogenen Handlungstendenz findet. Insoweit ist nicht auf Vermutungen über hypothetische Geschehensabläufe außerhalb der konkreten Verrichtung und der objektivierten Handlungstendenzen, sondern nur auf die konkrete Verrichtung selbst abzustellen (Spellbrink/Karmanski, SGB 2021, 461, 471). Es ist zu fragen, ob die Verrichtung, so wie sie durchgeführt wurde, objektiv die versicherungsbezogene Handlungstendenz erkennen lässt (BSG Urteile vom 30.1.2020 – BÄ 2 Ä U 2/18 Ä R Ä – BSGE 130, 1 = SozR 4 – 2700 Ä § 8 Nr. 70, RdNr. 29 – Wohnung der Freundin und vom 26.6.2014 – BÄ 2 Ä U 4/13 Ä R Ä – SozR 4 – 2700 Ä § 8 Nr. 52 RdNr. 20). Das ist zu bejahen. Nach den bindenden Feststellungen des LSG bestanden keine Anhaltspunkte für die Annahme, dass der Lebenspartner des Klägers ohne den geplanten Arztbesuch den versicherten Heimweg nicht angetreten oder einen anderen finalen Zielort als die eigene Wohnung angesteuert hätte. Auch konnte das LSG nicht feststellen, dass er am Unfalltag – den Praxisbesuch hinweggedacht – die kürzere Straßeneinfahrt gewählt hätte. Vielmehr war die Fahrt mit der gewählten Straßeneinfahrt vom Hauptbahnhof bis zur Zwischenhaltestelle C in der Nähe der Arztpraxis sowohl aus der subjektiven Sicht des Lebenspartners als auch objektiv erkennbar dem versicherten Heimweg wertend zuzuordnen.

Ä

17

3.Ä Diesen versicherten Weg unterbrach der Lebenspartner eigenständig, als er an der Zwischenhaltestelle C aus der Straßeneinfahrt ausstieg (grundlegend zum Beginn der Unterbrechung: BSG Urteil vom 4.7.2013 – BÄ 2 Ä U 3/13 Ä R Ä – SozR 4-2700 Ä § 8 Nr. 50 RdNr. 13), zu Fuß zur Arztpraxis lief und sich dort einige Minuten zur Rezeptabholung aufhielt. Weder aus dieser kurzen Aufenthaltsdauer noch aus der Art der Unterbrechung kann auf die endgültige Lösung des Zusammenhangs mit der versicherten Tätigkeit geschlossen werden (dazu a). Stattdessen war der Unfallversicherungsschutz auf diesem Streckenabschnitt lediglich unterbrochen, weil der innere Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit nur vorübergehend gelöst war. Denn der Lebenspartner suchte das Zwischenziel – Arztpraxis – im eigenen Interesse und nicht im Unternehmerinteresse auf (dazu b), ohne sein Endziel (die eigene Wohnung) aufzugeben zu haben. Die Unterbrechung begann mit dem Aussteigen aus der Straßeneinfahrt (dazu c) und war mehr als geringfügig (dazu d).

a) Die Abholung des Rezepts in der Arztpraxis ließ den inneren bzw sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit nicht endgültig entfallen. Insbesondere ist die Arztpraxis nicht als sog "dritter" Ort zu qualifizieren, an dem der versicherte Weg endet und der Wegeunfallversicherungsschutz erlischt. Dies wäre nur dann der Fall, wenn sich der Lebenspartner dort mindestens zwei Stunden aufgehalten hätte (zu dieser Zwei-Stunden-Grenze vgl BSG Urteile vom 10.8.2021 [B 2 U 2/20 R](#) [NZZ 2022, 778](#) = juris RdNr 16 [Urlaubsrckkehr](#), vom 23.6.2020 [B 2 U 12/18 R](#) [SozR 4 2700  2 Nr 54 RdNr 26 f](#) [Gaststttenbesuch](#), vom 30.1.2020 [B 2 U 2/18 R](#) [BSGE 130, 1](#) = SozR 4 2700  8 Nr 70, RdNr 24 [Wohnung der Freundin](#) und [B 2 U 20/18 R](#) [SozR 4 2700  8 Nr 74 RdNr 13](#) [geteilte Schicht](#), vom 5.7.2016 [B 2 U 16/14 R](#) [SozR 4 2700  8 Nr 58 RdNr 24](#) [Arztbesuch 2](#) sowie vom 5.5.1998 [B 2 U 40/97 R](#) [BSGE 82, 138, 141 f](#) = [SozR 3 2200  550 Nr 18 S 73 f](#) [Arztbesuch 1](#)). Dies war nach den bindenden Feststellungen des LSG indes nicht der Fall, weil der Lebenspartner die Arztpraxis nach wenigen Minuten mit einem Rezept wieder verlassen hat. Auch die Art der Unterbrechung (Rezeptabholung) ließ den Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit bestehen, sodass der Versicherungsschutz mit dem Erreichen der Arztpraxis nicht endgültig beendet war.

b) Nach dem Aussteigen aus der Straßenbahn blieb der Versicherungsschutz auf dem Fußweg zur Arztpraxis und dem dortigen Kurzaufenthalt auch nicht ausnahmsweise erhalten. Denn er besuchte die Arztpraxis weder im Interesse des Unternehmers (dazu aa) noch war die Unterbrechung geringfügig (dazu bb).

aa) Der Lebenspartner des Klägers suchte die Arztpraxis nicht im fremdnützigen Interesse des Unternehmers, sondern allein aus eigennützigen Motiven auf. Mit der Rezeptabholung erfüllte er keine Haupt- oder Nebenpflicht aus dem Arbeitsvertrag mit dem Unternehmer. Eine arbeitsrechtliche (Neben)Pflicht, die eigene Arbeitsfähigkeit durch gesundheitsfördernde Maßnahmen aufrechtzuerhalten, besteht grundsätzlich nicht (vgl BSG Urteile vom 5.7.2016 [B 2 U 5/15 R](#) [BSGE 122, 1](#) = SozR 4 2700  2 Nr 35, RdNr 18 mwN [Sturz beim](#)

c) Der Lebenspartner unterbrach den ursprünglich versicherten Weg und der Versicherungsschutz entfiel, als er an der Zwischenhaltestelle C aus der Straßenbahn ausstieg. Eine Unterbrechung liegt vor, wenn der Versicherte seine Handlungstendenz aus eigennützligen Gründen ändert und sich einer anderen, nicht nur geringfügigen Tätigkeit zuwendet, oder den eingeschlagenen Weg verlässt, um an anderer Stelle einer privaten Verrichtung nachzugehen und erst danach auf den ursprünglichen Weg zurückzukehren (BSG Urteile vom 23.1.2018 [BÄ 2Ä U 3/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 ÄŞÄ 8 NrÄ 64 RdNrÄ 15Ä](#) [GlatteisprÄferÄ](#), vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 ÄŞÄ 8 NrÄ 62 RdNrÄ 15Ä](#) [MetzgereibesuchÄ](#) und [BÄ 2Ä U 1/16Ä RÄ](#) [NJW 2018, 1203Ä](#) = *juris RdNrÄ 15Ä* [BrÄtchenkaufÄ](#); *Spellbrink/Karmanski, SGB 2021, 543, 544*). Die Unterbrechung des versicherten Weges begann, als der Lebenspartner mit dem Verlassen der Straßenbahn nach außen hin erkennbar seine subjektive, auf den privaten Arztbesuch gerichtete Handlungstendenz in ein für Dritte beobachtbares *objektives* Handeln umsetzte (dazu BSG Urteile vom 7.5.2019 [BÄ 2Ä U 31/17Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 ÄŞÄ 8 NrÄ 69 RdNrÄ 24Ä](#) [BriefeinwurfÄ](#), vom 23.1.2018 [BÄ 2Ä U 3/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 ÄŞÄ 8 NrÄ 64 RdNrÄ 24Ä](#) [GlatteisprÄferÄ](#), vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 ÄŞÄ 8 NrÄ 62 RdNrÄ 19Ä](#) [MetzgereibesuchÄ](#) und grundlegend vom 4.7.2013 [BÄ 2Ä U 3/13Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700 ÄŞÄ 8 NrÄ 50 RdNrÄ 13](#); *KÄhler, SGB 2020, 383, 384*). Denn das Verlassen der Straßenbahn, das Nahziel *Arztpraxis* und der dorthin führende Fußweg waren nicht durch versicherungsbezogene Erfordernisse bestimmt, sondern fanden ihren Grund allein in der privaten Motivation des Lebenspartners, bei seiner Ärztin ein Rezept abzuholen. Denkt man diesen eigennützligen Beweggrund hinweg, so spricht nichts dafür, dass er gleichwohl aus der Straßenbahn ausgestiegen wäre und den Fußweg *über die Arztpraxis* gewählt hätte anstatt in der Straßenbahn zu bleiben und mit ihr weiter bis zur Zielhaltestelle zu fahren. Folglich war die subjektive Handlungstendenz des Lebenspartners auf dem Teilstück von der Zwischenhaltestelle C bis zur Arztpraxis bei wertender Betrachtung im Wesentlichen darauf gerichtet, die Arztpraxis zu erreichen, und diese Intention setzte er mit dem Aussteigen aus der Straßenbahn nach außen hin erkennbar um. Damit war eine Unterbrechung eingetreten, auch wenn sich der Lebenspartner auf dem Weg zwischen der Ausstiegshaltestelle und der Arztpraxis aus objektiver Sicht weiterhin in Wohnungsrichtung fortbewegte.

Ä

4.Ä Das Ende der Unterbrechung wird bei Nutzern *Öffentlicher Verkehrsmittel* entgegen der Ansicht der Beklagten nicht erst dadurch markiert, dass sie die Straßenbahnhaltestelle erreichen oder in die Straßenbahn einsteigen (spiegelbildlich zum Beginn der Unterbrechung). Wird der Weg von der Arbeitsstätte durch eine private Besorgung mehr als nur geringfügig unterbrochen, setzt der Versicherungsschutz wieder ein, sobald die eigenwirtschaftliche Tätigkeit erkennbar beendet ist, der *Öffentliche Verkehrsraum* erreicht (BSG Urteile vom 2.12.2008 [BÄ 2Ä U 15/07Ä RÄ](#) [UV-Recht Aktuell 2009, 200Ä](#) = *juris RdNrÄ 22* und [BÄ 2Ä U 17/07Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 2700](#)

[ÄSÄ 8 NrÄ 28 RdNrÄ 22](#)) und der ursprÄ¼ngliche Weg mit der subjektiven Handlungstendenz wieder aufgenommen wird (*BSG Urteile vom 7.5.2019* [BÄ 2Ä U 31/17Ä RÄ](#) [SozR 4Ä¼2700 ÄSÄ 8 NrÄ 69 RdNrÄ 27Ä](#) [BrieleinwurfÄ¼](#), vom 23.1.2018 [BÄ 2Ä U 3/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä¼2700 ÄSÄ 8 NrÄ 64 RdNrÄ 27Ä](#) [GlatteisprÄ¼ferÄ¼](#) und vom 31.8.2017 [BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä¼2700 ÄSÄ 8 NrÄ 62 RdNrÄ 20Ä](#) [MetzgereibesuchÄ¼](#) und grundlegend *BSG Urteil vom 4.7.2013* [BÄ 2Ä U 3/13Ä RÄ](#) [SozR 4-2700 ÄSÄ 8 Nr 50 RdNrÄ 12, jeweils mwN](#)), die eigene Wohnung zu erreichen (vgl *BSG Urteil vom 6.10.2020* [BÄ 2Ä U 9/19Ä RÄ](#) [SozR 4Ä¼1500 ÄSÄ 55 NrÄ 27 RdNrÄ 25](#)). Der Zeitpunkt, an dem die Unterbrechung endet, kann bei der Nutzung Ä¼ffentlicher Verkehrsmittel ein anderer sein als bei (SelbstÄ¼)Fahrern im Individualverkehr oder bei der Fortbewegung zu FuÄ¼.

Ä

24

Im Hinblick auf Fahrten im Individualverkehr (Kfz, FahrrÄ¼der) liegt die das Ende der Unterbrechung und die WiederbegrÄ¼ndung des Versicherungsschutzes markierende Handlung darin, dass die unterbrochene Fahrt nach auÄ¼en hin erkennbar fortgesetzt wird, wobei der Senat im Hinblick auf Pkws (jenseits der Vollautomatisierung) offengelassen hat, ob dies bereits im Einsteigen in das geparkte Fahrzeug, im Starten des Motors, im Losfahren oder erst im EinfÄ¼deln in den flieÄ¼enden Verkehr zu sehen ist (*BSG Urteile vom 31.8.2017* [BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ](#) [SozR 4Ä¼2700 ÄSÄ 8 NrÄ 62 RdNrÄ 22Ä fÄ](#) [MetzgereibesuchÄ¼](#) und [BÄ 2Ä U 1/16Ä RÄ](#) [NJW 2018, 1203 Ä = juris RdNrÄ 22Ä](#) [BrÄ¼tchenkaufÄ¼](#)). Bei FuÄ¼gÄ¼ngern kann Ä¼ bei Vorliegen der entsprechenden objektivierten HandlungstendenzÄ¼ Ä¼ bereits das Wiedererreichen des Ä¼ffentlichen Verkehrsraums zum Wiederaufleben des Wegeunfallversicherungsschutzes fÄ¼hren.

Ä

25

Anders als Fahrer im Individualverkehr mÄ¼ssen die Nutzer Ä¼ffentlicher Verkehrsmittel das jeweilige Fahrzeug (zB Bus, StraÄ¼enbahn) weder erreicht noch bestiegen haben, um den Versicherungsschutz wiederzuerlangen. Stattdessen genÄ¼gt es, wenn sie Ä¼ zB als FuÄ¼gÄ¼ngerÄ¼ Ä¼ den Verkehrsraum erreichen, den auch das Ä¼ffentliche Verkehrsmittel benutzt, also dieselbe Strecke in dieselbe Richtung wie das Ä¼ffentliche Verkehrsmittel zurÄ¼cklegen. MÄ¼chten Versicherte nach einer privaten Erledigung im weiteren Streckenverlauf an einer spÄ¼teren Haltestelle wieder zusteigen, so beenden sie die unversicherte Unterbrechung bereits dann, wenn sie in Zielrichtung den FuÄ¼weg einschlagen, der parallel in unmittelbarer NÄ¼he der Strecke bzw Trasse verlÄ¼uft, die das Ä¼ffentliche Verkehrsmittel nutzt.

Ä

26

Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel werden damit gegenüber Fahrern im Individualverkehr nicht unzulässig bevorzugt. Beide Personengruppen sind nicht versichert, wenn sie sich von ihrem Zielort entfernen, weil sie nach der eigentzigen Verrichtung zu einer Haltestelle oder einem abgestellten Fahrzeug zurücklaufen (vgl. hierzu BSG Urteil vom 23.1.2018 [BÄ 2Ä U 3/16Ä R Ä](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 64 RdNrÄ 28Ä](#) [GlatteisprÄferÄ](#)). Denn dann bewegen sie sich in entgegengesetzter Richtung von ihrem Zielort weg und befinden sich auf einem unversicherten Abweg (BSG Urteil vom 5.7.2016 [BÄ 2Ä U 16/14Ä R Ä](#) [SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 58 RdNrÄ 19Ä](#) [ArztbesuchÄ 2Ä mwN](#)). Nichts anderes gilt, wenn der Versicherte für die private Verrichtung an einer wohnortnäheren Haltestelle ausgestiegen ist oder sein Fahrzeug an einer wohnortnäheren Stelle geparkt hat und danach einen Abweg in die entgegengesetzte Richtung (mit dem Kurs Zwischenziel) einschlägt. Auf dem Rückweg in die richtige Richtung (mit dem Kurs Wohnung als Endziel) dauert dieser unversicherte Abweg fort, bis die Straßenbahn oder das abgestellte Fahrzeug wieder erreicht ist und der unmittelbare Weg wieder aufgenommen wird.

Ä

27

Anders als bei einem Abweg behielt der Lebenspartner die Route in Richtung auf sein Endziel bei und befand sich daher lediglich auf einem Umweg (vgl. dazu BSG Urteil vom 28.7.1983 [2Ä RU 50/82 Ä](#) [SozR 2200 Ä 550 NrÄ 57](#)). Ein Umweg ist indes beendet, sobald sich der Versicherte wieder auf einer Wegstrecke befindet, die Bestandteil des unmittelbaren Weges in Richtung auf das Ziel ist, das ursprünglich Versicherungsschutz begründete (BSG Urteil vom 28.7.1983 [2Ä RU 50/82 Ä](#) [SozR 2200 Ä 550 NrÄ 57](#); *Bereiter-Hahn/Mehrtens, Gesetzliche Unfallversicherung, Stand März 2022, Ä 8 RdNrÄ 12.37*; *Keller in Hauck/Noftz, SGBÄ VII, K, Stand Mai 2022, Ä 8 RdNrÄ 247*; *G.Ä Wagner in jurisPKÄ SGBÄ VII, 3.Ä Aufl 2020, Stand 29.6.2022, Ä 8 RdNrÄ 231*). Dann setzt nach Beendigung der Unterbrechung mit der Fortsetzung des Weges Ä trotz zeitlicher Verschiebung aus eigentzigen Gründen Ä Versicherungsschutz wieder ein (BSG Urteile vom 20.8.1987 [5Ä RKnU 1/86Ä](#) [BSGEÄ 62, 100, 101Ä = SozR 2200 Ä 550 NrÄ 75 SÄ 192 und grundlegend vom 28.4.1976 \[2Ä RU 147/75Ä\]\(#\) \[SozR 2200 Ä 550 NrÄ 12\]\(#\); *Bereiter-Hahn/Mehrtens, Gesetzliche Unfallversicherung, Stand März 2022, Ä 8 RdNrÄ 12.37*\). Nach den bindenden Feststellungen des LSG hat der Lebenspartner den Unfall erst auf einem Streckenabschnitt erlitten, den er auch \(mit der Straßenbahn\) durchfahren hätte, wenn er seine Wohnung ohne den Umweg direkt angesteuert hätte. Zwar wäre er in einem naturwissenschaftlich-kausalen Sinne ohne den Besuch der Arztpraxis niemals an die Stelle gelangt, an der sich der konkrete Unfall ereignet hat. Allerdings hat der Senat in ständiger Rechtsprechung klargestellt, dass der Versicherungsschutz auch Abweichungen von der optimalen Streckenführung erfasst \(BSG Urteil vom 4.7.2013 \[BÄ 2Ä U 12/12Ä R Ä\]\(#\) \[SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 49 RdNrÄ 20 mwN\]\(#\)\). Dem Versicherten steht es frei, sich im öffentlichen Verkehrsraum beliebig zu bewegen, wenn die Fortbewegung nach seiner objektivierten Handlungstendenz dazu bestimmt ist, den Weg von oder zum Ort der Tätigkeit zurückzulegen \(BSG Urteil vom 4.7.2013 \[BÄ 2Ä U 12/12Ä R Ä\]\(#\) \[SozR 4Ä 2700 Ä 8 NrÄ 49 RdNrÄ 19\]\(#\)\).](#)

Die Unterschiede im Versicherungsschutz zwischen Nutzern Öfffentlicher Verkehrsmittel, Fahrern im Individualverkehr und FußgÃ¤ngern ergeben sich letztlich aus den Eigenheiten, die mit dem Einsatz der unterschiedlichen Fortbewegungsmittel verbunden sind. Sofern das Abstellen auf eine die Unterbrechung beendende Handlung eine Ungleichbehandlung zu Lasten der Versicherten, die mit einem Fahrzeug oder den Öfffentlichen Verkehrsmitteln fahren, gegen¼ber solchen bedeuten kÃ¶nnte, die zu Fuß gehen, lÃ¤ge eine solche Ungleichbehandlung gerade darin begr¼ndet, dass bei FußgÃ¤ngern anders als bei der Benutzung eines Kraftfahrzeugs oder eines Öfffentlichen Verkehrsmittels, das eine bestimmte Trasse oder Route nutzt in der Regel keine Ã¶fferen objektiv wahrnehmbaren Grenzen existieren (vgl BSG Urteile vom 7.5.2019 â BÄ 2Ä U 31/17Ä R Ä SozR 4â2700 Ä§Ä 8 NrÄ 69 RdNrÄ 23Ä â Briefeinwurf sowie vom 31.8.2017 â BÄ 2Ä U 1/16Ä RÄ â NJW 2018, 1203Ä = juris RdNrÄ 23Ä â BrÄtchenkauf und BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ â SozR 4â2700 Ä§Ä 8 NrÄ 62 RdNrÄ 25Ä â Metzgereibesuch, jeweils mwN; Schur/Spellbrink, SGB 2014, 589, 591). Mithin beruht diese Unterscheidung auf unterschiedlichen tatsÃ¤chlichen Gegebenheiten. Zudem ist stets auf die letzte konkrete Verrichtung vor dem Unfallereignis abzustellen, was aufgrund der typischerweise unterschiedlichen Zeitdauer der Unterbrechung des Weges von FußgÃ¤ngern einerseits und Kraftfahrern sowie Nutzern Öfffentlicher Verkehrsmittel andererseits ein hinreichender sachlicher Grund f¼r etwaige Ungleichbehandlungen ist, der gleichsam in der Natur der Sache liegt (vgl hierzu auch BSG Urteil vom 7.5.2019 â BÄ 2Ä U 31/17Ä RÄ â SozR 4â2700 Ä§Ä 8 NrÄ 69 RdNrÄ 23Ä â Briefeinwurf; Bereiter-Hahn/Mehrtens, Gesetzliche Unfallversicherung, Stand MÃrz 2022, Ä§Ä 8 RdNrÄ 12.31).

Die Kostenentscheidung folgt aus [Ä§Ä 183, 193 SGG](#).

Erstellt am: 06.12.2022

Zuletzt verÃ¤ndert am: 21.12.2024